



# Medienmitteilung: Rohstoff

Datum: Mittwoch 08.03.2017  
Sperrfrist: Mittwoch 08.03.2017, 09.00

---

## Geschäftsbericht 2016 des Bundesrates verabschiedet

Der Bundesrat hat seinen Geschäftsbericht 2016 verabschiedet. Dieser gibt Auskunft über die Erfüllung angestrebter Ziele, geht aber auch auf die Bewältigung unvorhergesehener Ereignisse ein. Zu den Schwerpunkten gehören das Stabilisierungsprogramm für die Jahre 2017 bis 2019, die Strategie «Digitale Schweiz», die BFI-Botschaft für die Jahre 2017 bis 2020, der Bericht zur Definition des Service public im Medienbereich, die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit für die Jahre 2017 bis 2020, die Reform der Ergänzungsleistungen, der neue sicherheitspolitische Bericht und die aussenpolitische Strategie für die Jahre 2016 bis 2019.

Für die Legislaturperiode 2015–2019 hat sich der Bundesrat drei Leitlinien gegeben: 1) Die Schweiz sichert ihren Wohlstand nachhaltig. 2) Die Schweiz fördert den nationalen Zusammenhalt und leistet einen Beitrag zur Stärkung der internationalen Zusammenarbeit. 3) Die Schweiz sorgt für Sicherheit und agiert als verlässliche Partnerin in der Welt. Die Ziele und Massnahmen im Berichtsjahr 2016 gliedern sich nach diesen Leitlinien.

Aus **finanzpolitischer** Sicht sind 2016 zwei wichtige Geschäfte zu nennen: der Bundesrat hat die Botschaft zum Stabilisierungsprogramm 2017–2019 verabschiedet. Ziel ist es, die Einhaltung der Vorgaben der Schuldenbremse in den nächsten Jahren zu gewährleisten. Die Massnahmen erstrecken sich über das gesamte Aufgabenspektrum des Bundes. Weiter hat der Bundesrat die Botschaft für eine Teilrevision des Finanzkontrollgesetzes verabschiedet. Damit soll der Informationsfluss hinsichtlich der Prüfergebnisse der Eidgenössischen Finanzkontrolle in der Bundesverwaltung verbessert werden.

Aus **wirtschaftlicher** Sicht war 2016 die Strategie zur «Neuen Wachstumspolitik» bedeutsam. Der Bundesrat setzt sich zum Ziel, das Wirtschaftswachstum in der Schweiz weiterhin nachhaltig zu fördern. Dazu hat er insgesamt 14 Massnahmen beschlossen, die sich hauptsächlich auf die zentralen Handlungsfelder Digitale Schweiz, die administrative Entlastung, die Erleichterung der Importe sowie den Marktzugang für Schweizer Unternehmen beziehen. Weiter hat der Bundesrat 2016 den dritten Bericht zur Umsetzung der Empfehlungen aus dem Grundlagenbericht Rohstoffe verabschiedet.

Betreffend **Informationstechnologie / Digitalisierung** hat der Bundesrat 2016 die Vernehmlassung zu einer Revision des Datenschutzgesetzes eröffnet. Ziel ist die Stärkung des Datenschutzes, um der technologischen Entwicklung Rechnung zu tragen. Weiter hat der Bundesrat

die Strategie «Digitale Schweiz» verabschiedet. Diese dient als Grundlage, damit die Schweiz von der Digitalisierung profitieren und die Volkswirtschaft sich dynamisch entwickeln kann.

Betreffend **internationaler Finanzpolitik** hat der Bundesrat 2016 einen aktualisierten Bericht zur Finanzmarktstrategie verabschiedet. Die Rahmenbedingungen am Finanzstandort Schweiz sollen bestmöglich ausgestaltet und bestehende nationale Handlungsspielräume im Regulierungsbereich genutzt werden. Die Ausrichtung an global anerkannten Standards wird weiterhin ein zentraler Bestandteil der Politik sein.

In der **Steuerpolitik** hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zur neuen Finanzordnung 2021 verabschiedet. Damit soll die bis 2020 befristete Kompetenz des Bundes zur Erhebung der direkten Bundessteuer und der Mehrwertsteuer um 15 Jahre verlängert werden. Die beiden Steuern sind die Haupteinnahmequellen des Bundes. Weiter hat der Bundesrat die Botschaft zur Änderung des Steueramtshilfegesetzes verabschiedet. Die Praxis der Schweiz in Bezug auf gestohlene Daten soll gelockert werden.

In der **Freihandelspolitik** hat der Bundesrat sein Netz an Freihandelsabkommen (FHA) im Jahr 2016 weiter ausbauen können. Der Bundesrat hat das FHA der EFTA-Staaten mit den Philippinen sowie dasjenige der EFTA-Staaten mit Georgien 2016 gutgeheissen. Das Abkommen mit den Philippinen wurde unterzeichnet, ebenfalls jenes mit Georgien. Die Verhandlungen mit Indien wurden fortgesetzt; die Verhandlungen mit Indonesien wurden 2016 wieder aufgenommen, und die Verhandlungen über ein FHA mit Malaysia sind weiter vorangekommen.

In der **Aussenwirtschaftspolitik** hat der Bundesrat 2016 beschlossen, dass die Schweiz an der Weltausstellung 2020 in Dubai zum Thema «Connecting Minds, Creating the Future» teilnehmen wird. Die Expo Dubai 2020 bietet eine vielversprechende Kommunikationsplattform, um die Stärken der Schweiz in den Bereichen Bildung, Forschung, Innovation, Wirtschaft und Aussenpolitik hervorzuheben.

In der **Europapolitik** konnte im Rahmen der Konsultationen mit der EU bisher keine einvernehmliche Lösung zur Steuerung der Zuwanderung erzielt werden. Am 4. März 2016 verabschiedete der Bundesrat daher mehrere Gesetzesentwürfe für die Umsetzung der «Masseneinwanderungsinitiative». Dabei präsentierte er das Konzept einer einseitigen Schutzklausel für Zuwanderer aus dem EU/EFTA-Raum. Ende 2016 wurde die Europäische Kommission über die Beschlüsse von National- und Ständerat vom 16. Dezember 2016 informiert, Artikel 121a BV im Einklang mit dem Freizügigkeitsabkommen umzusetzen und die bilateralen Verträge zu wahren.

In der **Bildungspolitik** hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation für die Jahre 2017 bis 2020 verabschiedet. Für die Förderperiode hat der Bundesrat vier Förderschwerpunkte definiert. Weiter hat der Bundesrat 2016 die Übergangslösung 2014–2016 für die projektweise Beteiligung der Schweiz am europäischen Mobilitätsprogramm «Erasmus+» um ein Jahr verlängert. Damit sicherte er interessierten Schweizerinnen und Schweizern die Teilnahme an europäischen Mobilitäts- und Kooperationsprojekten bis Ende 2017. Schliesslich hat der Bundesrat 2016 den Bericht «Fachkräftemangel: Bildungs-massnahmen betroffener Branchen» zur Kenntnis genommen. Darin wurde abgeklärt, wie mehr inländische Arbeitskräfte aus- und weitergebildet oder umgeschult werden könnten.

In der **Verkehrspolitik** hat der Bundesrat die Botschaft zur Teilrevision 1+ des Luftfahrtgesetzes verabschiedet. Die Vorlage beinhaltet Verbesserungen bei der Sicherheit, effizientere Bewilligungsverfahren und Rahmenbedingungen für die Zusammenarbeit von Skyguide mit anderen Anbietern von Flugsicherungsdienstleistungen. Eine weitere Botschaft betraf die Finanzierung von Betrieb und Substanzerhalt der Bahninfrastruktur in den Jahren 2017 bis 2020. So dann hat der Bundesrat die Botschaft zur Organisation der Bahninfrastruktur verabschiedet, um das schweizerische Bahnsystem weiter zu stärken. Für den Bundesrat ist der regionale Personenverkehr (RPV) ein wichtiges Element des öffentlichen Verkehrs in der Schweiz. Dazu hat der Bundesrat 2016 eine Botschaft für einen Verpflichtungskredit für die Abgeltung von Leistungen des RPV für die Jahre 2018 bis 2021 verabschiedet sowie eine Aussprache zur Reform des RPV geführt. Und schliesslich hat der Bundesrat den Bericht 2016 über die Luftfahrtspolitik der Schweiz verabschiedet.

In der **Energiepolitik** hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zum Bundesgesetz über den Um- und Ausbau der Stromnetze «Strategie Stromnetze» verabschiedet. Neue gesetzliche Rahmenbedingungen sollen die rechtzeitige und bedarfsgerechte Entwicklung der schweizerischen Stromnetze zur Gewährleistung der Stromversorgung sicherstellen. Ferner hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zur Genehmigung des Klimaübereinkommens von Paris verabschiedet. Dieses Übereinkommen ist ein globales, rechtlich verbindliches, dynamisches Klimaabkommen, welches alle Länder verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen sukzessive zu reduzieren.

In der **Medienpolitik** hat der Bundesrat 2016 einen Bericht zur Definition des Service public im Medienbereich gutgeheissen. Die Schweiz ist auch im Zeitalter des Internet und der Digitalisierung auf einen unabhängigen, umfassenden Service public im Medienbereich angewiesen. Um diesem Anspruch weiterhin gerecht zu werden, sollen die Rahmenbedingungen für die konzessionierten Radio- und Fernsehveranstalter auf nationaler und regionaler Ebene angepasst werden. Sodann hat der Bundesrat die eidgenössische Volksinitiative zur Abschaffung der Billag-Gebühren zur Ablehnung empfohlen. Die Schweiz brauche in allen Sprachregionen des Landes einen Service public in guter Qualität. Nur dank des SRG-internen Finanzausgleichs können heute in allen Amtssprachen gleichwertige Radio- und Fernsehprogramme produziert werden.

In der **Sprachenpolitik** hat der Bundesrat 2016 die Vernehmlassung zu einer Änderung des Sprachengesetzes eröffnet. Er hat drei Varianten zur Diskussion gestellt, wie eine Harmonisierung des Sprachenunterrichts unterstützt werden könnte, falls die Kantone ihre Sprachenstrategie nicht umsetzen. Ende 2016 hat der Bundesrat dann entschieden, vorerst zuzuwarten, mit der EDK die Situation weiter zu beobachten und gegebenenfalls später eine neue Beurteilung der Sachlage vorzunehmen.

In der **Familienpolitik** hat der Bundesrat eine Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung verabschiedet. Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit stellt viele Eltern vor grosse Herausforderungen. Der Bundesrat will deshalb diejenigen Kantone und Gemeinden finanziell unterstützen, die ihre Subventionen der familienergänzenden Kinderbetreuung ausbauen zur Senkung der Kosten für die Eltern.

In der **Sportpolitik** hat der Bundesrat 2016 den Aktionsplan Sportförderung inklusive Konzepte zum Breitensport und zum Leistungssport verabschiedet. Der Bundesrat möchte die Sportförderung in den Jahren 2017 bis 2023 schrittweise ausbauen. Im Vordergrund steht das Programm «Jugend+Sport». Mit dem Aktionsplan Sportförderung hat der Bundesrat ebenfalls das Immobilienkonzept Sport des Bundes verabschiedet. Zeitgemässe Infrastrukturen sind eine zentrale Voraussetzung einer wirksamen Sportförderung. Weiter hat der Bundesrat 2016 die Vernehmlassung über die Genehmigung des Übereinkommens des Europarats gegen die Manipulation von Sportwettbewerben eröffnet. Und schliesslich hat der Bundesrat 2016 eine erste Aussprache über eine mögliche schweizerische Kandidatur für Olympische Winterspiele 2026 geführt.

Betreffend die **internationale Zusammenarbeit** hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 verabschiedet. Diese umfasst die Strategie der Entwicklungszusammenarbeit, einschliesslich wirtschafts- und handelspolitische Massnahmen, und verstärkt namentlich die humanitäre Nothilfe und den Beitrag der Schweiz zur Konfliktbewältigung. Weiter hat der Bundesrat 2016 beschlossen, die Finanzierung des Programmbudgets des Hilfswerks der Vereinten Nationen für die Palästina-Flüchtlinge (UNRWA) in den kommenden vier Jahren weiterzuführen. Der Beitrag der Schweiz ist in erster Linie für den Zugang der betroffenen Bevölkerung zu Bildung, Gesundheitsvorsorge und sozialen Dienstleistungen bestimmt. Auf diese Weise trägt unser Land dazu bei, Perspektiven zu schaffen, das Risiko einer Radikalisierung junger Leute zu reduzieren und die Stabilität in der Region zu verbessern.

In der **Sozialpolitik** hat der Bundesrat die Botschaft zur Reform der Ergänzungsleistungen (EL) verabschiedet. Die Reform hat zum Ziel, das System der EL zu optimieren und von falschen Anreizen zu befreien. Das Leistungsniveau soll dabei grundsätzlich erhalten und das Sparkapital der obligatorischen beruflichen Vorsorge besser geschützt werden. Für den Erwerb von Wohneigentum kann nach wie vor Kapital aus der obligatorischen Vorsorge bezogen werden.

In der **Gesundheitspolitik** hat der Bundesrat 2016 das Vernehmlassungsergebnis zur Totalrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen zur Kenntnis ge-

nommen. Mit der Gesetzesrevision beugt der Bundesrat Missbräuchen vor und gewährleistet den Schutz der Persönlichkeit. Weiter hat der Bundesrat 2016 eine nationale Strategie zur Vorbeugung und Bekämpfung von nichtübertragbaren Krankheiten verabschiedet. Diese Strategie hat zum Ziel, den Ausbruch von Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen oder Diabetes zu verhindern, zu verzögern oder die Folgen zu mildern. Sodann hat der Bundesrat 2016 die Nationale Strategie NOSO gegen Spital- und Pflegeheiminfektionen verabschiedet. Damit sollen weniger Menschen in Schweizer Spitälern und Pflegeheimen an Infektionen erkranken. Schliesslich hat der Bundesrat die Vernehmlassung zu Änderungen der KVV und der KLV eröffnet. Künftig soll für die Überprüfung der Preise kassenpflichtiger Arzneimittel neben dem Vergleich mit den Preisen im Ausland immer auch ein Kosten-Nutzenvergleich mit anderen Arzneimitteln vorgenommen werden.

In der **Migrationspolitik** hat der Bundesrat die Botschaft zur Genehmigung der Übernahme der entsprechenden Verordnung der EU zur Schaffung des Fonds für die innere Sicherheit im Bereich Aussengrenzen und Visa verabschiedet. Der Fonds trägt dazu bei, die Effizienz der Grenzkontrollen und damit den Schutz der Schengen-Aussengrenzen zu verbessern. Weiter hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zur Ausdehnung des Freizügigkeitsabkommens auf Kroatien verabschiedet. Damit kann sichergestellt werden, dass Kroatien gleich behandelt wird wie die übrigen EU-Mitgliedstaaten. Sodann hat der Bundesrat 2016 in seinem Bericht über syrische Flüchtlinge dargelegt, dass er die Vorschläge der EU zu einer solidarischen Verteilung der Aufgaben im Migrationsbereich unterstützt. In diesem Sinne beteiligt sich die Schweiz auch an den Umverteilungsprogrammen der EU. Schliesslich hat der Bundesrat 2016 einen Grundsatzentscheid zur RASA-Initiative getroffen.

Zur **Kriminalitätsbekämpfung** hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zur Revision des Strafgesetzbuches und des Militärstrafgesetzes zur Umsetzung der Volksinitiative «Pädophile sollen nicht mehr mit Kindern arbeiten dürfen» verabschiedet. Weiter hat der Bundesrat 2016 einen Bericht über auf dem Markt erhältliche Ausgangsstoffe, die zur Herstellung von Explosivstoffen verwendet werden können, verabschiedet. Der Bundesrat ist sich des Risikos bewusst, dass Terroristen sich in der Schweiz mit Chemikalien zur Sprengstoffherstellung eindecken können, und will den Zugang zu diesen Substanzen daher erschweren. Schliesslich hat der Bundesrat einen Grundsatzentscheid gefällt zur Verstärkung der präventiven Massnahmen der Polizei zur Bekämpfung des Terrorismus (Meldung auf einem Polizeiposten / Reisedokumentensperre).

In der **Sicherheitspolitik** hat der Bundesrat im Rahmen der Armeebotschaft 2016 den Zahlungsrahmen der Armee, das Rüstungsprogramm und das Immobilienprogramm VBS verabschiedet. Er beantragt einen Zahlungsrahmen von 18,8 Milliarden Franken für die Jahre 2017 bis 2020. Weiter hat der Bundesrat 2016 einen neuen Bericht über die Sicherheitspolitik der Schweiz verabschiedet. Der Bericht legt die Grundlage für die schweizerische Sicherheitspolitik der nächsten Jahre fest. Sodann hat der Bundesrat 2016 die Botschaft zur Werterhaltung des Sicherheitsfunknetzes Polycom verabschiedet. Und schliesslich hat der Bundesrat 2016 die Vorschläge einer Studiengruppe zur Verbesserung des Systems der obligatorischen Dienstpflicht zur Kenntnis genommen.

In der **Aussenpolitik** hat der Bundesrat den Bericht über die aussenpolitischen Prioritäten der Jahre 2016 bis 2019 verabschiedet. Für die laufende Legislatur wurden vier strategische Schwerpunkte festgelegt. Sodann hat der Bundesrat 2016 die Strategie Landeskommunikation 2016–2019 gutgeheissen. Ziel ist es, die positive und differenzierte Wahrnehmung der Schweiz im Ausland zu fördern und so dazu beizutragen, dass die Schweiz ihre Interessen auf internationaler Ebene wahren kann. Schliesslich hat der Bundesrat die Fortführung des Einsatzes der Swisscoy in der multinationalen KFOR bis 31. Dezember 2020 beschlossen und eine entsprechende Botschaft an das Parlament verabschiedet. Die Stabilität des Westbalkans, vor allem des Kosovo, ist für die Sicherheit der Schweiz wesentlich. Die Weiterführung der KFOR-Präsenz als Teil eines fortgesetzten internationalen Engagements im Kosovo liegt im sicherheitspolitischen Interesse der Schweiz.

**Für Rückfragen:** Ursula Eggenberger, Leiterin Sektion Kommunikation BK,  
Tel. 058 / 462 37 63; <mailto:ursula.eggenberger@bk.admin.ch>